



Nr. 23

27. Juni 2025

Friedrichstraße 169  
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur  
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70  
Telefax 030.40 81-55 99  
presse@dbb.de  
www.dbb.de

## Inhalt

Ehemaliger dbb Bundesvorsitzender verstorben  
[Die dbb-Familie trauert um Ulrich Silberbach –  
„Wir verlieren einen großen Kämpfer“](#)

dbb-Spitze neu gewählt  
[Volker Geyer ist neuer Bundesvorsitzender - Ulrich Silberbach  
verabschiedet](#)

Neuer dbb-Chef nimmt Bundesregierung in die Pflicht  
[„Die wichtigste Infrastruktur in Deutschland ist der öffentliche  
Dienst!“](#)

Vertrauen in den Staat  
[Geyer fordert Investitionsoffensive in den öffentlichen Dienst](#)

Kommission gibt Entscheidung bekannt  
[Mindestlohn: Erhöhung setzt öffentliche Arbeitgeber unter  
Druck](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Schleswig-Holstein  
[Digitalisierung muss endlich entlastende Wirkung haben](#)

dbb Lehrerverbände  
[Bundeskabinett beschließt Bundeshaushalt – Kommt die Bildung zu kurz?](#)

dbb Lehrerverbände  
[Schulbarometer 2025: Großauftrag an die Politik](#)

## [Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

## Ehemaliger dbb Bundesvorsitzender verstorben **Die dbb-Familie trauert um Ulrich Silberbach – „Wir verlieren einen großen Kämpfer“**

**Nach schwerer Krankheit ist der ehemalige dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 25. Juni 2025 verstorben.**

„Mit Uli verlieren wir einen großen Kämpfer. Ich habe wenige Menschen kennengelernt, die sich mit so viel Leidenschaft in Auseinandersetzungen geworfen haben. Nicht nur im Interesse der dbb-Familie. Nicht nur für die Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst. Sondern darüber hinaus, für das große Ganze. Das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, das Streben nach mehr Miteinander und einem fairen Ausgleich der Interessen – das waren für Uli nicht nur Floskeln in Sonntagsreden. Dafür hat er ehrlich und überzeugt gebrannt. Dieses Feuer, diese Leidenschaft wird uns allen fehlen. Die gesamte dbb-Familie trauert mit seinen Angehörigen.“ Das erklärte der dbb Bundesvorsitzende Volker Geyer am 25. Juni 2025.

Ulrich Silberbach wurde am 27. August 1961 in Köln geboren. Er begann 1979 die Ausbildung zum Verwaltungsfachangestellten und arbeitete in diesem Beruf bis 1990 in Köln, zuletzt

im Ordnungsamt. Silberbach trat in seiner Jugend früh in die dbb-Mitgliedsgewerkschaft komba ein und übernahm dort unterschiedliche Aufgaben. Von 2001 bis 2014 war er darüber hinaus Vorstandsmitglied des DBB NRW. 2011 wurde er zum Bundesvorsitzenden der komba gewählt und legte dieses Amt erst satzungsgemäß nieder, nachdem er vom Gewerkschaftstag des dbb beamtenbund und tarifunion 2017 zum Bundesvorsitzenden des gewerkschaftlichen Dachverbandes gewählt wurde. Eine Bestätigung erfolgte 2022. Das Amt hat Ulrich Silberbach mit aller Kraft ausgefüllt: kompetent, entschlossen und zugewandt. Durch seine schwere Erkrankung war er schließlich gezwungen, es mit Wirkung zum 23. Juni 2025 niederzulegen.

Der dbb wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

dbb-Spitze neu gewählt

## **Volker Geyer ist neuer Bundesvorsitzender - Ulrich Silberbach verabschiedet**

**Der dbb Bundeshauptvorstand hat Volker Geyer am 23. Juni 2025 in Berlin zum neuen Bundesvorsitzenden des gewerkschaftlichen Dachverbands gewählt.**

138 der 139 der wahlberechtigten Delegierten (eine Enthaltung) stimmten für den bisherigen stellvertretenden Bundesvorsitzenden und Fachvorstand Tarifpolitik. Zu Geyers Nachfolger in dieser Position wählte der dbb Bundeshauptvorstand, Andreas Hemsing, bisher ebenfalls stellvertretender dbb-Chef und Bundesvorsitzender der komba gewerkschaft. Auf den dadurch frei werdenden Stellvertreter-Posten in der dbb Bundesleitung wählte das Gremium Florian Köbler, Bundesvorsitzender der Deutschen Steuergewerkschaft. Die nächsten ordentlichen Wahlen finden auf dem dbb Gewerkschaftstag im November 2027 statt.

Die Nachwahlen waren notwendig geworden, nachdem der bisherige dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach aus gesundheitlichen Gründen zum 23. Juni seinen Rücktritt von der dbb-Spitze erklärt hatte. Der Bundeshauptvorstand

ist das höchste Entscheidungsgremium des dbb beamtenbund und tarifunion zwischen den Gewerkschaftstagen.

Vor dem Bundeshauptvorstand würdigte der neue dbb Bundesvorsitzende Volker Geyer zunächst die hervorragenden Verdienste und die beeindruckende Persönlichkeit seines Vorgängers: „Ulrich Silberbach war in den letzten sieben Jahren nicht nur unser Chef und Leitwolf. Er ist unser Freund und Rückhalt in der gewerkschaftlichen Arbeit und weit darüber hinaus. Wer die Gelegenheit hat mit Uli Silberbach zusammenzuarbeiten, kann sich nicht nur auf seine Fachkompetenz und politisches Fingerspitzengefühl verlassen, sondern auch auf seine menschliche Zugewandtheit und Loyalität. Ulrich Silberbach hat den dbb - diese große und bunte Organisation – in schwierigen Zeiten zusammengehalten und sich enorme

Verdienste erworben, in der Beamten- und Tarifpolitik, in der Diskussion um eine Modernisierung und Digitalisierung des öffentlichen Dienstes und in der Stärkung der Personal- und Betriebsratsarbeit. Es ging Uli immer um die Kolleginnen und Kollegen, um ihre Interessen, den Respekt vor ihrer täglichen Leistung und den fairen Umgang der öffentlichen Arbeitgeber mit ihren Beschäftigten.“

An die Bundesregierung richtete der neue dbb-Chef die Forderung, umgehend in die Sacharbeit einzusteigen. Geyer: „Wir haben einiges

zu tun: Der Bund schuldet seinen Beamtinnen und Beamten weiter die zeitnahe und systemgerechte Übernahme des Tarifergebnisses vom Frühjahr, die lange überfällige Rücknahme der Arbeitszeitverlängerung bei den Bundesbeamten auf 41 Stunden und die Umsetzung des Verfassungsgerichtsurteils zur amtsangemessenen Alimentation, um nur drei zentrale Themen zu nennen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf und wir werden nicht lockerlassen, bis wir da zufriedenstellende Lösungen erreichen.“

## Neuer dbb-Chef nimmt Bundesregierung in die Pflicht „Die wichtigste Infrastruktur in Deutschland ist der öffentliche Dienst!“

**Der neugewählte dbb Bundesvorsitzende Volker Geyer hat sich mit Bundesinnenminister Alexander Dobrindt über die drängendsten Probleme des öffentlichen Dienstes ausgetauscht.**

„Wir sind froh über das Sondervermögen für die Infrastruktur, denn ohne Investitionen wird es nicht gehen. Damit das Geld nicht verpufft, ist bei der konkreten Umsetzung sauberes Regierungshandwerk erforderlich. Daran hat es zuletzt oft gefehlt“, machte Geyer bereits im Vorfeld des Gesprächs am 23. Juni 2025 deutlich, das direkt nach dem Besuch des Ministers beim dbb Bundeshauptvorstand stattfand. „Außerdem muss endlich allen klar sein: Die wichtigste Infrastruktur in Deutschland ist der öffentliche Dienst! Auch hier ist einiges liegengeblieben. Damit meine ich nicht nur Dauerbrenner wie fehlende Digitalisierung. In den kommenden Wochen wollen wir konkrete Ergebnisse: Erstens die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten des Bundes. Zweitens die Überarbeitung ihrer Besoldung, damit die Alimentation endlich wieder verfassungskonform ist.“

Geyer bot darüber hinaus die Expertise des gewerkschaftlichen Dachverbands an, um beim Thema Bürokratieabbau endlich einen entscheidenden Schritt voranzukommen: „Pau-

schale Stelleneinsparungen lehnen wir weiterhin klar ab. Wir fordern aber seit Jahren eine ehrliche Aufgabenkritik. Politik muss sich endlich ehrlich machen und den Bürgerinnen und Bürgern sagen, welche Aufgaben der Staat noch übernehmen soll und kann – und welche eben nicht. Wir sind da ganz klar: Lieber ein gutes Gesetz, das dann auch wirklich umgesetzt wird, als zehn gut gemeinte Gesetze, deren Einhaltung ohnehin niemand kontrolliert. Wenn Recht und Gesetz nicht durchgesetzt werden, ist das Gift für eine demokratische Gesellschaft.“

Mit Blick auf den Tag des öffentlichen Dienstes, der jedes Jahr am 23. Juni stattfindet, betonte Geyer: „Ich dank allen Kolleginnen und Kollegen für ihren unermüdlichen Einsatz. Leider erfahren viele Beschäftigten inzwischen verbalen und physischen Gewalt, statt Respekt für ihre wichtige Arbeit. Auch das ist eine Folge des Vertrauensverlusts der Bürgerinnen und Bürger in den Staat. Diesen Trend umzukehren, ist eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft.“

## Vertrauen in den Staat Geyer fordert Investitionsoffensive in den öffentlichen Dienst

**Kein Vertrauen in den Staat, kein Vertrauen in die Demokratie – auf diesen Zusammenhang verwies der dbb Chef auf dem Zukunftskongress.**

„Investitionen in den öffentlichen Dienst sind Investitionen in die Demokratie“, sagte Volker Geyer, Bundesvorsitzender des dbb, am 25.

Juni 2025 auf dem Zukunftskongress „Staat & Verwaltung“ in Berlin. „Lange Wartezeiten in

Behörden, zu wenige Plätze in Kindertageseinrichtungen, Unterrichtsausfall in Schulen, hinzu kommen kaputte Straßen und schleppende Digitalisierung – all das schmälert das Vertrauen in den Staat und seine Institutionen. Es besteht die Gefahr, dass die Menschen über kurz oder lang auch an der Demokratie und unserem politischen System zweifeln. Deshalb müssen wir alle Hebel in Bewegung setzen, um das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates wiederherzustellen.“

Wie groß der Handlungsbedarf ist, unterstreicht die Bürgerbefragung des dbb. Demnach halten 70 Prozent der Bürgerinnen und

Bürger den Staat für überfordert.

Geyer verwies auf Kernaufgaben, die auf der To-do-Liste der Politik ganz oben stehen sollten: „Wir erwarten, dass das neu geschaffene Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung eine Trendwende für die Digitalisierung der Verwaltung einleitet. Schnelle und sichtbare Erfolge sind das Gebot der Stunde – im Sinne der Bürgerinnen und Bürger, der Beschäftigten und nicht zuletzt im Sinne der Demokratie.“

Kommission gibt Entscheidung bekannt

## **Mindestlohn: Erhöhung setzt öffentliche Arbeitgeber unter Druck**

**Die unabhängige Mindestlohnkommission empfiehlt, den Mindestlohn in zwei Schritten auf 14,60 Euro zu erhöhen. Das hat auch Folgen für den öffentlichen Dienst.**

„Der öffentliche Dienst leidet unter Personal-mangel. Durch die Empfehlung der Mindestlohnkommission wird der Wettbewerb um Beschäftigte gerade in den unteren Einkommensgruppen noch einmal verschärft. Darauf werden die öffentlichen Arbeitgeber in den kommenden Einkommensrunden reagieren müssen. Ende des Jahres stehen Tarifverhandlungen mit den Ländern an und wir werden diese Entwicklung bei unserer Forderungsfindung berücksichtigen“, sagt der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Fachvorstand Tarifpolitik Andreas Hemsing am 27. Juni 2025.

Kritik übte Hemsing an der Art und Weise, wie die Debatte über den Mindestlohn zuletzt geführt wurde: „Durch das Gezerre im Vorfeld ist die Unabhängigkeit der Mindestlohnkommission zumindest nicht gestärkt worden. Die Koalitionspartner der Bundesregierung haben hier sicherlich keinen vertrauensbildenden Beitrag geleistet.“ Aus seiner Sicht ist es wichtig, dass der Streit nicht den Blick darauf verdeckt, dass der Mindestlohn nur ein Instrument von mehreren ist, um faire Löhne sicherzustellen. Hemsing: „Deshalb erwarten wir, dass die Bundesregierung das geplante Bundestariftreuegesetz zeitnah realisiert. Davon würden unzählige Arbeitnehmende profitieren.“

## ***Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften***

Schleswig-Holstein

### **Digitalisierung muss endlich entlastende Wirkung haben**

**Der dbb sh unterstützt die Initiative der Arbeitsgemeinschaft der Bürgerbeauftragten der Länder zur Digitalisierung der Verwaltung. Dies hat dbb Landesbundvorsitzender Kai Tellkamp der Schleswig-Holsteinischen Bürgerbeauftragten Samiah El Samadoni zugesagt.**

Der dbb sh spricht sich ergänzend dafür aus, die Belange des Personals bei den anstehenden Prozessen mit einem hohen Stellenwert zu versehen.

El Samadoni und Tellkamp zeigten sich in einem persönlichen Gespräch einig, dass die

Herausforderungen und Handlungserfordernisse im Zusammenhang mit der Digitalisierung dringend zielorientiert angepackt werden müssen, wozu auch das Land Schleswig-Holstein und die Kommunen entsprechend beitragen müssen. „Benötigt wird die Etablierung eines zentralen Verwaltungszugangs für alle

Dienstleistungen“, bekräftigte die Bürgerbeauftragte eine zentrale Grundsatzforderung des dbb sh. „Zufrieden sind aber wir erst dann, wenn auch bei den Beschäftigten endlich Entlastungen spürbar werden“, ergänzte der dbb Landesbundvorsitzende. Aktuell sei eher das Gegenteil zu verzeichnen. Digitalisierungsprozesse bedeuteten häufig beständige Doppelbeziehungsweise Mehrarbeit, erklärte Tellkamp. Hinzu komme, dass effizienzfördernde Optimierungen der Verwaltungsstrukturen noch nicht in Sicht sind.

Ergänzend wies Tellkamp darauf hin, dass ein moderner und leistungsfähiger öffentlicher Dienst auch in Aufgabenbereichen wichtig ist, in denen die Möglichkeiten einer Digitalisierung nicht oder nur eingeschränkt bestehen. „Die dort tätigen Kolleginnen und Kollegen dürfen wir bei Modernisierungsaktivitäten nicht vergessen, auch sie benötigen zeitgemäße Arbeitsbedingungen!“

dbb Lehrerverbände

## **Bundeskabinett beschließt Bundeshaushalt – Kommt die Bildung zu kurz?**

**Der Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) und der Deutsche Philologenverband (DPHV) sind vom Entwurf für den Bundeshaushalt nicht überzeugt.**

Der VBE-Bundesvorsitzende Gerhard Brand begrüßte die Bereitstellung von 6,5 Milliarden Euro für die Handlungsfelder Digitalisierung und Betreuung in der Schule: „Die Investitionen werden dringend benötigt. Allerdings ist es mehr ein Signal als eine Richtungsentscheidung. Es ist davon auszugehen, dass dieses Geld nur Impulse setzen soll. Was es aber braucht, sind langfristige und nachhaltige Investitionen in die digitale Infrastruktur: ein Digitalpakt für die Ewigkeit, sozusagen.“

Nicht zuletzt steht und fällt die finanzielle Ausstattung der Schulen mit der Priorisierung der Ausgaben beim Infrastruktursondervermögen. Der VBE-Chef sagt dazu: „Es ist ein richtiger Schritt, den Ländern die Verantwortung für diese Investitionen zu überlassen. Sie wissen am besten, wie sie auf die großen Herausforderungen vor Ort reagieren.“ Außerdem machte Brand deutlich: „Wir wissen, dass die Reparatur maroder Brücken, das Schließen von Lücken in der digitalen Infrastruktur und ein stabiles Gesundheitswesen bedeutend für eine Gesellschaft sind. Gleichzeitig sind Gelder für die Bildungsinfrastruktur Investitionen in die Zukunft dieses Landes. Gerade mit Blick darauf, wer das Sondervermögen durch Wirtschafts- und Arbeitsleistung finanzieren muss,

ist es eine Frage der Gerechtigkeit, der jüngeren Generation durch optimal ausgestattete Schulbauten etwas zurückzugeben.“

Der DPhV sieht in dem Entwurf ein „fatales Signal“: 6,5 Milliarden zusammen für Investitionen in Kindertagesbetreuung und die sogenannte „digitale Bildung“ blieben weit hinter den Erwartungen zurück. Die DPhV-Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing sagte: „Aus bildungspolitischer Sicht ist der Haushaltsentwurf nicht nur vage, er ist eine Enttäuschung. Er setzt keine klaren Akzente für Bildungsausgaben, Schulbausanierung oder einen auskömmlichen Digitalpakt 2.0“. Zwar sollen Länder und Kommunen anteilig über Bundesmittel für Investitionen in Bildung entscheiden können, doch zielgerichtete, konkrete Investitionen fänden sich nicht.

„Nun müssen die detaillierten Einzelpläne der Ressorts abgewartet werden“, so Lin-Klitzing. Über Schulsanierungen, moderne Ausstattung und digitale Infrastruktur hinaus seien die Finanzierung einer datenschutzkonformen Bildungs-KI und einer bundesweit abgestimmten KI-Strategie im Schulbereich nötig.

dbb Lehrerverbände

## **Schulbarometer 2025: Großauftrag an die Politik**

**Für den Deutschen Philologenverband (DPHV) und den Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) spiegeln sich in den Ergebnissen des Schulbarometers der Bosch-Stiftung die großen Herausforderungen für Lehrkräfte wider.**

„Wenn fast ein Drittel der Lehrkräfte regelmäßig erschöpft ist, dann ist das kein individuelles, sondern ein strukturelles Problem – und ein riesiges Alarmzeichen“, mahnte die DPhV-Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing am 25. Juni 2025. Der Belastungsdruck ist hoch. Nicht nur Zeitmangel und Personalknappheit zehren laut Umfrage an den Ressourcen der Lehrkräfte. 42 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer gaben an, dass vor allem ein zunehmend herausforderndes Verhalten von Schülerinnen und Schülern die größte Hürde im Berufsalltag darstellt. Der DPhV fordert daher ein verlässliches Unterstützungssystem: Flächendeckend psychologisch geschulte Fachkräfte, qualitativ hochwertige Aus- und Fortbildung für Lehrkräfte und Schulleitungen sowie zentrale, unabhängige Anlaufstellen in jedem Bundesland für Fälle von Gewalt.

„Psychische Überlastung oder Überforderung im Schulalltag, die sich auch und gerade in individuellen Überlastungsanzeigen der Lehrkräfte zeigt, muss endlich vom Dienstherrn ernster genommen werden. Hier muss er seiner Fürsorgepflicht wahrhaftiger nachkommen!“, so Lin-Klitzing. „Gute Bildung braucht gesunde Lehrkräfte. Deshalb fordern wir weiterhin eine Absenkung des Stundendeputats, insbesondere für ältere Lehrkräfte! Weg mit der zunehmenden Streichung der Altersermäßigungen in immer mehr Ländern – das ist absolut kontraproduktiv!“

## ***Namen und Nachrichten***

Frisch in den öffentlichen Dienst gestartet? Und noch Fragen? Die START-Broschüre der **dbb jugend** liefert Antworten. Auch in diesem Jahr werden wieder zahlreiche junge Menschen eine Ausbildung oder ein duales Studium im öffentlichen Dienst beginnen oder werden in ein Beamtenverhältnis auf Widerruf übernommen. Die jungen Kolleginnen und Kollegen stehen damit vor dem Eintritt in die Be-

Der VDR sieht im heute veröffentlichten Deutschen Schulbarometer der Bosch-Stiftung einen deutlichen Appell an Politik und Schulverwaltung. „Das Schulbarometer zeigt, dass an vielen Schulen Verunsicherung herrscht, wenn es um den Einsatz von KI im Unterricht geht. Lehrkräfte fordern zurecht mehr Zeit und Ressourcen, um KI gezielt und pädagogisch sinnvoll einzusetzen – zum Wohle des Lernerfolgs der Schülerinnen und Schüler“, erklärte der VDR-Bundesvorsitzende Ralf Neugschwender. Der VDR spricht sich klar für die Nutzung generativer KI wie ChatGPT an Schulen aus – jedoch unter der Voraussetzung, dass didaktische Konzepte, klare Leitplanken und passende Fortbildungsangebote entwickelt und ausgebaut werden. „Wir brauchen eine ehrliche Debatte über die Zukunft unserer Lern- und Prüfungskultur. Persönlichkeitsentwicklung und Leistungsorientierung dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden – sie gehören zusammen“, so Neugschwender weiter.

Die Studie bestätigt außerdem das, was viele Lehrkräfte dem VDR regelmäßig zurückmelden: Der Umgang mit herausforderndem Verhalten wird schwieriger – oft bei gleichzeitigem Mangel an Unterstützung. „Wir brauchen deutlich mehr Schulpsychologen, Schulsozialarbeiter und multiprofessionelle Teams. Lehrkräfte allein können die Vielzahl an sozialen, emotionalen und unterrichtlichen Aufgaben nicht mehr stemmen“, warnt Neugschwender.

rufswelt und werden mit zahlreichen Anregungen, Informationen und Eindrücken konfrontiert. Egal, ob im Tarifbereich oder als Beamte auf Widerruf – gerade für den Beginn dieses neuen Lebensabschnitts geben dbb beamtenbund und tarifunion in Zusammenarbeit mit der dbb jugend die Broschüre „START – Einblicke in den öffentlichen Dienst“ heraus. Es gibt sie hier als [PDF zum Download](#).

### **Termine:**

8. Juli 2025

### **35. Europäischer Abend**

Weitere Informationen folgen.